

Antragsteller/in
(Stempel des Rechtsanwalts/der Rechtsanwältin)

.....
Geschäftsnummer des Amtsgerichts
(Berechtigungsschein)

Eingangsstempel des Amtsgerichts

An das

Amtsgericht

.....
Postleitzahl, Ort

Bitte zweifach einreichen
Stark umrandetes Feld nicht ausfüllen
Zutreffendes ankreuzen

Ich habe Beratungshilfe gewährt Herrn/Frau	in der Zeit vom/am
Anschrift (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)	

Berechtigungsschein ist beigelegt. Antrag auf nachträgliche Bewilligung der Beratungshilfe ist beigelegt.

Über die in RVG-VV Nr. 2500 bestimmte Gebühr hinaus habe ich Zahlungen von einer/einem Dritten nicht,
 in Höhe von EUR erhalten.

Angaben zu § 9 BerHG:

Der Gegner/Die Gegnerin ist verpflichtet, die Kosten zu erstatten: nein; ja; Name und Anschrift sowie die Begründung der Erstattungspflicht ergeben sich aus der Anlage.

Die Beratung ist in ein gerichtliches/behördliches Verfahren in meinem Mandat übergegangen (RVG-VV Nr. 2501 Abs. 1, 2503 Abs. 2): nein; ja, bei

Gericht, Behörde	Ort	Aktenzeichen
------------------	-----	--------------

Ich beantrage, nachstehend berechnete Gebühren und Auslagen, deren Entstehung ich versichere, festzusetzen und auszuzahlen durch Überweisung auf folgendes Konto: Konto-Nr.:

bei: **BLZ:** **zum Geschäftszeichen:**

.....
Ort, Datum

.....
Rechtsanwalt/Rechtsanwältin

Kostenberechnung	VV RVG Nr.	Betrag EUR	Festzusetzen auf EUR
1) Beratungsgebühr	2501		
2) Geschäftsgebühr Meine Tätigkeit bestand in:	2503		
3) Einigungs- u. Erledigungsgebühr Vergleichsinhalt bzw. Darstellung der Erledigung ergeben sich aus der Anlage	2508		
4) Entgelte für Post- und Telekommunikationsdienstleistungen	Einzelberechnung 7001		
	Pauschale 7002		
5) Dokumentenpauschale	7000		
6)			
Summe			
Umsatzsteuer	7008		
Summe			
abzüglich Zahlungen gem. § 9 Beratungshilfegesetz i.V.m. § 58 Abs. 1 RVG			
Zu zahlender Betrag			

Nur bei Antrag auf nachträgliche Bewilligung der Beratungshilfe:

Bewilligung

(Urschrift)

Frau/Herr (Anschrift umseitig)

wird auf den Antrag vom für die folgende Angelegenheit Beratungshilfe bewilligt:

Datum Rechtspfleger/in

Festsetzung

(Urschrift)

Die der Rechtsanwältin/
dem Rechtsanwalt aus der Staatskasse zu zahlenden

Gebühren und Auslagen werden festgesetzt auf EUR.....Cent,

der bereits gezahlte Betrag/Vorschuss in Höhe von EUR (Datum der Zahlungsanordnung:) wurde berücksichtigt.

Der/Dem Berechtigten steht nach dem obigen Beschluss anliegenden Berechtigungsschein Beratungshilfe zu.

Die vorgenannte Rechtsanwältin/ Der vorgenannte Rechtsanwalt hat glaubhaft gemacht, dass sie/er der/dem Berechtigten Beratungshilfe in dem sich aus umseitiger Rechnung ergebenden Umfang gewährt hat.

Eine Erstattungspflichtige/ Ein Erstattungspflichtiger (§ 9 Beratungshilfegesetz) ist vorhanden. konnte nicht ermittelt werden.

Begründung von Absetzungen:

Datum als Urkundsbeamtin/ Urkundsbeamter der Geschäftsstelle

Vfg.

1. **Vermerk:**

a) Der festgesetzte Beitrag wurde auf dem Beiordnungsbeschluss vermerkt.

) Eine Mitteilung zu den Verfahrensakten ist ergangen (RVG-VV Nr. 2503, Anm. Abs. 2).

) Die Wiedereinziehung von der/dem Erstattungspflichtigen

wird veranlasst. wird noch geprüft.

unterbleibt wegen Unvermögens der Schuldnerin/des Schuldners.

2. Auszahlungsanordnung über den oben festgesetzten Betrag an „Zentrale Stelle“.

3.

(Ort und Datum)	(Name, Amtsbezeichnung)
-----------------	-------------------------